

# Dresdener Volkszeitung

Herausgeber: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Carl, Ernst, Dresden,  
Rath der Arbeiter, Arbeiter  
und Bauern, R.-G., Dresden,  
Gleitsberg, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Abnahme von Abdrucken gegenüber dem Blatt, ist es durch oder ohne Einverständnis der Redaktion, bei der Bestellung der Dresdener Volkszeitung ihnen ein Recht auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der üblichen Unterhaltungsbeilage: 3 Pf. wöchentlich, 12 Pf. monatlich, 1,20 Pf. vierteljährlich, 4,80 Pf. halbjährlich, 9,60 Pf. jährlich. Ausland: 1,50 Pf. monatlich, 18 Pf. vierteljährlich, 36 Pf. halbjährlich, 72 Pf. jährlich. Fernspreisanlagen: Dresden, Nr. 1208.

Schriftleitung: Weinbergstr. 10, Dresden, Nr. 1208. Geschäftsstelle: Weinbergstr. 10, Dresden, Nr. 1208. Druckerei: Weinbergstr. 10, Dresden, Nr. 1208.

Abdruckpreis: 2 Pf. wöchentlich, 6 Pf. monatlich, 24 Pf. vierteljährlich, 48 Pf. halbjährlich, 96 Pf. jährlich. Ausland: 3 Pf. wöchentlich, 12 Pf. monatlich, 48 Pf. vierteljährlich, 96 Pf. halbjährlich, 192 Pf. jährlich.

Nr. 225

Dresden, Sonnabend, den 26. September 1931

42. Jahrgang

## Baneroopäischer Wirrwarr Französische Großbank in Not

Wenn die Ereignisse der letzten Jahre etwas bewiesen haben, so die Notwendigkeit einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder Europas. Die moderne technische Entwicklung fordert gebieterisch große einheitsliche Absatzgebiete. Seit Jahren wird unendlich viel über Baneroopä geschrieben, in Büchern und Zeitschriften wird dafür geworben, Kongresse und Konferenzen jagen einander, auf denen in vielen schönen Reden dargelegt wird, wie notwendig und nützlich eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker sei. Ministerbesuche von Hauptstadt zu Hauptstadt sind große Mode. Man möchte eigentlich glauben dürfen, daß die Idee der europäischen Zusammenarbeit in unaufhaltsamem Vormarsch begriffen sei. Aber wie sieht es in Wirklichkeit aus? Wenn heute der Zeitungsläser seine Zeitung aufschlägt, erfährt er u. a. folgendes:

In England geht die Inflation lustig weiter; ebenso wie einst in Deutschland steigen an der Londoner Börse die Aktienkurse, denn hinter den Aktien stehen ja „Schwämme“. In Deutschland betrug am 18. September der Kurs des englischen Pfundes 20,40 M., am 25. September 15,25 M., das Pfund ist also um 25 Prozent gefallen. Die Folge ist, daß zunächst für uns alle englischen Waren wesentlich billiger geworden sind. Die Konkurrenz der deutschen gegen die englische Rohle ist maßlos erschwert. Auch der deutsche Export wird schwer getroffen, denn für die Engländer sind durch das Sinken des Pfundkurses, dem ja ein Steigen der Mark in England entspricht, die deutschen Waren stark verteuert. England hat zunächst erreicht, was es wollte: es hat im Handelsdrehen gegen die Einfuhr fremder Waren eine Mauer aufgerichtet, wie ihm das durch Zollserhöhungen nicht so leicht möglich gewesen wäre, und gleichzeitig kann es auf dem Weltmarkt anderen Ländern eine leichte Konkurrenz bereiten. Wie aus London gemeldet wird, will man dort den Diskont über 6 Prozent hinaus noch weiter erhöhen, und auch das soll dazu beitragen, daß erst recht englische Waren auf dem Weltmarkt billig abgestoßen werden.

Zimmer mehr wird jetzt Frankreich, mit dem bisher die Weltkrise recht glimpflich umgesprungen war, in die Krise hineingerissen. Eine französische Großbank, die Banque Nationale de Crédit, die unter den sechs großen französischen Depositenbanken an vierter Stelle steht, ist in Schwierigkeiten geraten. Die Bank unterhält 37 Filialen in Paris, 513 in der französischen Provinz und drei Auslandsfilialen. Im Dezember 1930 hatte sie an Einlagen 3,5 Milliarden Frank (gleich 900 Millionen Mark), das Aktienkapital betrug 494 Millionen Frank (gleich 82 Millionen Mark), für das Geschäftsjahr 1930 gabte die Bank eine Dividende von 14 Prozent. Die Regierung hat sofort eingegriffen. Ein Garantiefonds soll gebildet werden, an dem die Bank von Frankreich und die übrigen Großbanken beteiligt sind. Alle in dem anstehenden geschickten Frankreich eine Bankkrise, ähnlich wie in Deutschland. Auch der französische Staatshaushalt ist vom Pleitegeier angegriffen. Rabal berät mit seinen Kollegen darüber, wie man die Ausgaben, insbesondere für die Landesverteidigung, herabsetzen könnte, weil die Staatseinnahmen gesunken sind.

In Italien sind die Zölle um 15 Prozent erhöht worden, wodurch wieder die deutsche Ausfuhr schwer getroffen wird. Den Fehlbetrag des letzten Finanzjahres will man durch eine 12prozentige Herabsetzung der Zölle und Gehälter aller Staatsangestellten ausgleichen.

Auch die Schweiz hat angekündigt, daß sie die Zölle erhöhen werde, weil sie sich von der deutschen Ausfuhr zu sehr bedroht fühlt.

So ist es überall dasselbe: Panikbleiten, Zollserhöhungen, Herabsetzung der Bezüge der Beamten, Arbeiter und Angestellten. Statt daß man einen Weg zur gemeinsamen Bekämpfung der Wirtschaftskrise einschlägt, sucht sich jedes Land gegen die anderen Länder abzuschließen. Rette sich, wer kann, ist die Parole. Wie innerhalb der Länder sich die Unternehmer durch Lohnherabsetzungen zu „retten“ suchen und dadurch die Wirtschaftskatastrophe immer schlimmer machen, so wollen die Regierungen die Mäde ihrer Länder bekämpfen, indem sie an den Grenzen schwer übersteigbare Mauern gegen die Einfuhr fremder Waren aufrichten. Und alle diese Rettungsversuche der vielen Retter können nur die Folge haben, daß die allgemeine Not noch größer wird und jedes einzelne Land dann erst recht unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise leiden muß. Wahrlich, es ist höchste Zeit, daß die Völker und die Regierungen Europas einen Weg zur Umkehr finden, soll nicht die Not der Massen in allen Ländern noch unendlich vermehrt werden.

## Was geschieht den Landesvätern?

# Allerhöchster Patriotismus

Landesväter und „Standesherrn“ beharren noch immer auf den Riefen-Abfindungen

### Späte Einsicht

SPD. Im Preussischen Landtag hat die Fraktion der Deutschen Staatspartei folgenden Antrag eingebracht:

Die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden preussischen Königshauses ist im Jahre 1923 im Preussischen Landtag beschlossen worden. Bei dieser Regelung wurden dem ehemaligen Königshause neben einer Vorkaufsumme von 15 Millionen Mark viele Schlösser, Villen, Parks und rund 400 000 Morgen landwirtschaftlichen Besitzes übergeben, während gleichzeitig der preussische Staat die ihm auf Jahrzehnte finanziell schwer belastende Versorgung der Hofbeamten, Hofkammerbeamten, Hofpensionäre und Hofbedienten übernahm. Diese Auseinandersetzung ist damals, ebenso wie andere gesetzgeberische Akte, z. B. das Beamtenbesoldungsgesetz von 1927, in der Annahme erfolgt, daß sie den finanziellen Möglichkeiten des preussischen Staates entspräche. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die optimistische Auffassung jener Jahre falsch war und in Konsequenz dieser Klärung andere gesetzgeberische Maßnahmen geändert wurden, muß verlangt werden, daß die Auseinandersetzung von 1923 für ungültig erklärt wird und unter anderen Gesichtspunkten neu erfolgt. Ebenso verhält es sich mit den Abfindungen der preussischen Standesherrn. Die aus den Ersparnissen freierwerbenden Mittel sind der Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen. Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht,

unverzüglich die geeigneten Schritte zu tun, um diese Vermögensauseinandersetzungen einer Revision zu unterziehen.

Man darf gespannt sein, wie sich die übrigen bürgerlichen Parteien zu diesen selbstverständlichen Volksforderungen verhalten. Hätten sich jederzeit die Demokraten energischer für den sozialdemokratischen Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung eingesetzt, so brauchten sie jetzt nicht nach Revision der Zahlungen zu forciert!

Wenn die ehemaligen allerhöchsten Herrschaften auch nur einen Funken Patriotismus im Leibe hätten, müßten sie längst freiwillig auf die unverkauften Renten und Abfindungen verzichtet haben. Dafür sind jetzt mehrere von ihnen Ehrenmitglieder bei den Nazis und den Stahlhelmern!

### Berunter mit diesen Riefenalimenten!

Stuttgart, 26. September. (Fig. Funk.) Der Finanzausschuß des Württembergischen Landtags ersuchte das württembergische Staatsministerium einstimmig, mit dem früheren Herzoglichen Haus Württemberg in Verhandlungen über die Herabsetzung der jährlichen Zahlungen entsprechend der Not der Zeit zu verhandeln oder ihm einen freiwilligen Verzicht auf einen Teil der Bezüge nahezu legen.

## Der Einheitswille siegt

Alle sozialdemokratischen Bezirke gegen Spaltungsbestrebungen - Auch Breslau und Swidau rücken von den Sonderbündlern ab

Die Freude, die sich in manchen bürgerlichen Blättern wegen der Spaltungsgefahren in der Sozialdemokratie zeigte, ist rasch verpufft. Selbst Bezirke, in denen die SPD-Opposition sehr stark war, rücken von allen Spaltungsbestrebungen öffentlich ab und fordern Respektierung der Parteibeschlüsse. So hat der auf der äußersten Linken der SPD stehende Vorsteher des Ortsvereins Breslau, Rechtsanwalt Dr. Ernst Erdstein, einem Vertreter der dem Zentrum nahestehenden schlesischen Provinzkorrespondenz auf Befragen erklärt, daß die Gerüchte über eine Abspaltung im sozialdemokratischen Unterbezirk Breslau völlig aus der Luft gegriffen seien. Der Breslauer Ortsverein billigt zwar nicht den Beschluß des Parteiaussschusses der SPD vom 22. September, doch könne von einer Abwanderung der Breslauer Parteimitglieder nicht die Rede sein.

Auch im oppositionell eingestellten Swidauer Bezirk erklärt sich die Parteileitung wie die Redaktion unseres Swidauer Bruderblattes energisch gegen Seydewitz und alle Spaltungsbestrebungen. Wir erhalten dazu folgende Meldung:

### Der Swidauer Bezirk gegen Seydewitz

Swidau, 26. September. (Fig. Drahtbericht.)

Der Chefredakteur des Sächsischen Volksblattes in Swidau, Reichstagsabgeordneter Max Seydewitz, ist am Freitag von der Geschäftsleitung und der Pressekommission bis zur Klärung der zwischen Seydewitz und der Partei bestehenden Differenzen von seinem Amte entbunden worden.

Im Sächsischen Volksblatt veröffentlicht der gneits Vorsteher des Bezirks Swidau-Klaun, Kurt Müller, einen Aufruf an die Mitglieder der Partei, in dem er darauf hinweist, daß er Seydewitz nicht schützen könne, wenn er sich mit seinen organisierten Sonderbestrebungen und Behauptungen auf die Bahn der Parteispaltung treiben läßt. Der Aufruf fordert die Mitgliedschaft auf, die bereits getragenen Spaltungsbestrebungen mit allen Mitteln zurückzuweisen und unter allen Umständen der Partei die Treue zu halten. Das Sächsische Volksblatt verweist in diesem Zusammenhang auf die wiederholte Reue des verstorbenen Abgeordneten des Bezirks, Paul Rebi, der gesagt hat: „Kein Bedarf an Spaltungen ist geboten.“ In Reichartfel

des Sächsischen Volksblattes vom Freitag wird erklärt, daß niemand im Swidauer Bezirk daran denke, Seydewitz zu folgen, wenn er sich durch die Weigerung, sich dem Beschluß des Parteiaussschusses zu fügen, von der Partei trenne.

Seydewitz selbst gibt eine Erklärung ab, in der er sagt, daß er sich dem Beschluß des Parteiaussschusses nicht fügen werde, wenn dieser Beschluß das Verbot der Fädel und freien Verlagsgesellschaft bedeutet. Sonderorganisatorische Bestrebungen habe er nie mit der Herausgabe der Fädel verbunden. Wenn es ihm unmöglich gemacht würde, innerhalb der Partei weiterzuwirken, so werde er an anderer Stelle im Sinne seiner politischen Auffassungen weiterwirken.

### So weit ging die Sonderbündelei schon!

Die Seydewitz und Genossen erklären, daß sie den Beschlüssen des Parteiaussschusses nicht zustimmen könnten, weil damit die Meinungsfreiheit angegriffen werde. Wie wenig es darum geht und wie weit in Bezirken wie Swidau die sonderbündlerische Aktion schon gediehen war, ist aus Darlegungen zu ersehen, die jetzt Genosse Victor im Sächsischen Volksblatt gibt. Die Redaktion des Volksblattes ist mit den Methoden und Auffassungen ihres leitenden Redakteurs seit langem nicht einverstanden. In der Donnerstagsnummer hat der Redakteur Bernhard Düwell seine von Seydewitz stark abweichende Meinung im Swidauer Bruderblatt dargelegt, in der Freitagnummer tut dasselbe Genosse Walter Victor. In diesen Darlegungen Victor wird erklärt, warum viele Swidauer Genossen, die bisher mit Seydewitz zusammengearbeitet, schon seit geraumer Zeit kein Vertrauen mehr zu ihm haben konnten. Victor verweist auf ein Rundschreiben, das von der Berliner Adresse des Genossen Seydewitz an einzelne Genossen des Swidauer Bezirks und oppo-

### Parlamentarismus in England?

London, 26. September. (Fig. Funk.) Evening Standard meldet, daß der englische Ministerpräsident am kommenden Mittwoch im Unterhaus die Auflösung des Parlamentes verkünden werde.